



ANTRAG

auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Umland (NESUR), Teil: Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

Antragsnummer der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Investitionsbank des Landes Brandenburg
Referat Existenzgründung
Postfach 90 02 61
14438 Potsdam

Eingangsstempel der
Investitionsbank des Landes Brandenburg

Hinweis zum Verfahren: Gemäß der Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung zur nachhaltigen Entwicklung von Stadt und Umland (NESUR) muss vor Antragstellung eine Pflichtberatung bei der jeweils für Wirtschaftsförderung zuständigen Stelle des zentralen Ortes, in dem der Antragsteller seinen Sitz und/oder seine Betriebsstätte hat, wahrgenommen werden.

1 Angaben zum Antragsteller

1.1 Name/Unternehmensbezeichnung

Hinweis: Als Gründungsdatum gilt das Datum des Beginns der angemeldeten Tätigkeit gemäß Gewerbeanmeldung oder entsprechend der Rechtsform das Datum der Eintragung in das Handelsregister oder das Datum des Beginns der freiberuflichen Tätigkeit (Beantragung einer Steuernummer beim Finanzamt).

Name/Unternehmensbezeichnung

Vorname

Akademischer Titel

Gründungsdatum/Geburtsdatum

Rechtsform

1.2 Hauptsitz

Land

Bundesland

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

Telefonnummer mit Vorwahl

Faxnummer mit Vorwahl

E-Mail-Adresse

Homepage (URL)

1.3 **Betriebsstätte** (nur ausfüllen, falls die Anschrift nicht mit dem Hauptsitz identisch ist)

Hinweis: Eine Betriebsstätte ist jede feste Geschäftseinrichtung oder Anlage, die der Tätigkeit eines Unternehmens dient (siehe § 12 Abgabenordnung (AO)).

_____ Straße und Hausnummer	_____ PLZ	_____ Ort
_____ Telefonnummer mit Vorwahl	_____ Faxnummer mit Vorwahl	_____ E-Mail-Adresse

1.4 **Gesetzliche(r) Vertreter(in)**

_____ Name	_____ Vorname	_____ Akademischer Titel
_____ Funktion		
_____ Telefonnummer mit Vorwahl	_____ Faxnummer mit Vorwahl	_____ E-Mail-Adresse

Gesetzliche(r) Vertreter(in)

_____ Name	_____ Vorname	_____ Akademischer Titel
_____ Funktion		
_____ Telefonnummer mit Vorwahl	_____ Faxnummer mit Vorwahl	_____ E-Mail-Adresse

Gesetzliche(r) Vertreter(in)

_____ Name	_____ Vorname	_____ Akademischer Titel
_____ Funktion		
_____ Telefonnummer mit Vorwahl	_____ Faxnummer mit Vorwahl	_____ E-Mail-Adresse

1.5 Bevollmächtigte(r)

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel

Funktion/Dienststellung		
_____	_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

Bevollmächtigte(r)

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel

Funktion/Dienststellung		
_____	_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

Für die Bevollmächtigten ist die Vollmacht im Original beizufügen.
Den Vordruck finden Sie auf www.ilb.de.

1.6 Ansprechpartner(in)/Projektleiter(in)

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel

Funktion/Dienststellung		
_____	_____	_____
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse

1.7 Branche

Hinweis: Bitte geben Sie die genaue Bezeichnung der Branche bzw. Art der Tätigkeit und den fünfstelligen Branchenschlüssel (Kode) der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes an. Die Art der Tätigkeit richtet sich nach der Haupttätigkeit. Die Haupttätigkeit ist die Tätigkeit, die den größten Beitrag zur Wertschöpfung leistet. Beachten Sie bitte die in Nummer 8.2.4.1 der Richtlinie genannten ausgeschlossenen Branchen.

_____	_____
Art der gewerblichen Tätigkeit	Branchenschlüssel

1.8 KMU-Eigenschaft

Hinweis: Antragsberechtigt sind nur Unternehmen (unabhängig von ihrer Rechtsform) bzw. juristische Personen, die die EU-Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen erfüllen.

Bei dem Antragsteller handelt es sich um ein kleines oder mittleres Unternehmen (KMU).

ja (Das Formular "Angaben zum Unternehmen (KMU-Bewertung)" einschließlich Firmenorganigramm ist als Anlage beizufügen.)

Das Merkblatt "KMU-Definition der EU" ist auf www.ilb.de verfügbar.

1.9 Unternehmen in Schwierigkeiten

Hinweis: Von der Gewährung einer Zuwendung sind "Unternehmen in Schwierigkeiten" ausgeschlossen.

Bei dem Antragsteller handelt es sich um ein "Unternehmen in Schwierigkeiten".

nein

Das Merkblatt "Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von nichtfinanziellen Unternehmen in Schwierigkeiten" ist auf www.ilb.de verfügbar.

1.10 "De-minimis"-Beihilfen

Der Antragsteller und ggf. mit ihm verbundene Unternehmen ("einziges Unternehmen") hat weitere "De-minimis"-Beihilfen beantragt bzw. im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren "De-minimis"-Beihilfen erhalten.

ja (Das Formular „Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte "De-minimis"-Beihilfen" ist als Anlage beizufügen.)

nein

Das Merkblatt "De-minimis-Regel" ist auf www.ilb.de verfügbar.

1.11 Belegaufbewahrung

Der Antragsteller verwendet ein digitales Belegaufbewahrungs- und -archivierungssystem.

ja (Bezeichnung des Systems: _____)

Das System entspricht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung bzw. ist ein System, das einer in der öffentlichen Verwaltung allgemein zugelassenen Regelung entspricht.

ja

nein

nein

2 Angaben zur Maßnahme

2.1 Art der Maßnahme

Neuansiedlung

Gründung

Erweiterung

Sicherung (einschließlich Unternehmensnachfolge)/Modernisierung

2.2 Es handelt sich um

Investition(en) in eine Betriebsstätte¹

Investition(en) in Betriebsausstattung(en)

Investition(en) in eine Betriebsstätte und -ausstattung(en)

¹ Zu Investition(en) in eine Betriebsstätte zählen bauliche Investitionen.

2.3 Gegenstand der Förderung ist/sind

- Investition(en) zur Errichtung, Erweiterung, Umstellung, Rationalisierung bzw. Modernisierung einer Betriebsstätte
- Verlagerung oder Ansiedlung eines Unternehmens
- sonstige(s) Investitionsvorhaben mit besonderem stadtentwicklungspolitischen Interesse
- Ansiedlung und Verlagerung eines Betriebes in Gründer-, Handwerker-, Kreativ, Innovations-, Gewerbe- und Gesundheitszentren
- Investition(en) bezüglich lokaler oder umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen
- Unternehmensnachfolge oder Unternehmenssicherung
- Existenzgründung
- Schaffung von Barrierefreiheit
- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

2.4 Kurzbezeichnung der Maßnahme

Maßnahmebezeichnung

Hinweis: Bitte geben Sie für die vorgesehene Maßnahme den fünfstelligen Branchenschlüssel (Kode) der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes an.

Branchenschlüssel

2.5 Maßnahmeort

Hinweis: Bitte beachten Sie die Nummern 2.9 und 2.10 dieses Antragsformulars.

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

Land

Bundesland

Hinweis: Die Gemeindekennziffer bzw. den Gemeindegeschlüssel finden Sie unter www.service.brandenburg.de Rubrik Kommunen.

Gemeindekennziffer

2.6 Zeitliche Durchführung der Maßnahme (Durchführungszeitraum)

Hinweis: Mit der Maßnahme darf nicht begonnen werden, bevor die Bewilligung der Zuwendung erfolgt ist. Eine Ausnahme hierzu (vorzeitiger Beginn der Maßnahme) muss beantragt und durch die ILB genehmigt werden.

Tag		Monat		Jahr	

Beginn Durchführungszeitraum

Tag		Monat		Jahr	

Ende Durchführungszeitraum

Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn

Es wird die Genehmigung zum vorzeitigen Beginn der Maßnahme beantragt.

- ja (Der Antrag ist nachfolgend zu begründen.)
 nein

Begründung:

2.7 Maßnahmebeschreibung

Für die Beschreibung der Maßnahme verwenden Sie bitte das Formular "Beschreibung und Begründung der Maßnahme".

2.8 Geplante Informations- und Kommunikationsmaßnahmen

Bitte beschreiben Sie die im Rahmen der Durchführung der Maßnahme geplanten Informations- und Kommunikationsmaßnahmen.

Das Merkblatt "Vorschriften zur Information und Kommunikation" ist auf www.ilb.de verfügbar.

2.9 Zuordnung Lead-Partner der Strategie

Hinweis: Die Antragstellung ist nur möglich, wenn die zu fördernde Maßnahme Bestandteil einer im Rahmen des Stadt-Umland-Wettbewerbs (SUW) bestätigten Strategie ist.

Wählen Sie bitte den Lead-Partner der Stadt-Umland-Wettbewerb - Strategie aus.

- | | | |
|--|---|---------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Bernau bei Berlin | <input type="checkbox"/> Fürstenwalde/Spree | <input type="checkbox"/> Potsdam |
| <input type="checkbox"/> Cottbus | <input type="checkbox"/> Gransee | <input type="checkbox"/> Pritzwalk |
| <input type="checkbox"/> Eberswalde | <input type="checkbox"/> Hennigsdorf | <input type="checkbox"/> Schwedt/Oder |
| <input type="checkbox"/> Finsterwalde | <input type="checkbox"/> Luckenwalde | <input type="checkbox"/> Wittenberge |
| <input type="checkbox"/> Forst (Lausitz) | <input type="checkbox"/> Neuruppin | |
| <input type="checkbox"/> Frankfurt (Oder) | <input type="checkbox"/> Oranienburg | |

2.10 Zuordnung Zentraler Ort

Hinweis: Die Antragstellung ist nur möglich, wenn die zu fördernde Betriebsstätte also der Maßnahmeort innerhalb des Stadtgebietes eines zentralen Ortes der im Rahmen des Stadt-Umland-Wettbewerbs (SUW) ausgewählten Strategie liegt.

Wählen Sie bitte den zentralen Ort aus.

- | | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Bad Liebenwerda | <input type="checkbox"/> Frankfurt (Oder) | <input type="checkbox"/> Oranienburg |
| <input type="checkbox"/> Bernau bei Berlin | <input type="checkbox"/> Fürstenwalde/Spree | <input type="checkbox"/> Perleberg |
| <input type="checkbox"/> Cottbus | <input type="checkbox"/> Gransee | <input type="checkbox"/> Pritzwalk |
| <input type="checkbox"/> Eberswalde | <input type="checkbox"/> Guben | <input type="checkbox"/> Schwedt/Oder |
| <input type="checkbox"/> Eisenhüttenstadt | <input type="checkbox"/> Hennigsdorf | <input type="checkbox"/> Werder (Havel) |
| <input type="checkbox"/> Elsterwerda | <input type="checkbox"/> Herzberg (Elster) | <input type="checkbox"/> Wittenberge |
| <input type="checkbox"/> Finsterwalde | <input type="checkbox"/> Luckenwalde | <input type="checkbox"/> Wittstock/Dosse |
| <input type="checkbox"/> Forst (Lausitz) | <input type="checkbox"/> Neuruppin | <input type="checkbox"/> Zehdenick |

2.11 Pflichtberatung

Eine Pflichtberatung bei der jeweils für Wirtschaftsförderung zuständigen Stelle des zentralen Ortes, in dem der Antragsteller seinen Sitz und/oder seine Betriebsstätte hat, wurde wahrgenommen.

- ja

2.12 Inanspruchnahme weiterer öffentlicher Mittel für die Durchführung der Maßnahme

Hinweis: Eine Förderung ist nicht möglich, wenn für dieselbe Maßnahme bereits andere öffentliche und/oder beihilferrelevante Mittel der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Brandenburg oder des zentralen Ortes gewährt werden. Eine Ausnahme hiervon sind beihilfefreie Produkte öffentlicher Förderinstitute wie etwa der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Zur Finanzierung der Maßnahme wurden oder werden weitere öffentliche Mittel bei der ILB oder anderen Stellen beantragt bzw. wurden von der ILB oder anderen Stellen gewährt.

- ja (Die öffentlichen Mittel sind als Finanzierungsmittel unter dem Punkt "Finanzierung" anzugeben.)
- nein

2.13 Rückforderungsansprüche wegen Produktionsverlagerung

Hinweis: Die Gewährung einer Zuwendung ist nicht möglich, wenn die Maßnahme Aktivitäten beinhaltet, für die Rückforderungsansprüche bzgl. EU-Mitteln eingeleitet wurden oder werden.

Die Maßnahme beinhaltet Aktivitäten, für die infolge einer Produktionsverlagerung außerhalb des Landes Brandenburg Rückforderungsansprüche bzgl. EU-Mitteln eingeleitet wurden oder werden.

- nein

2.14 Ausgaben

Hinweis: Bitte untersetzen Sie die zur Gewährung einer Zuwendung beantragten Ausgaben durch maßnahmebezogene Ausgabenschätzung(en)/Angebot(e) bzw. bei baulichen Investitionen Ausgabenberechnung(en).

Der Antragsteller ist bei der Durchführung der Maßnahme zum Vorsteuerabzug berechtigt.

- ja (Die Ausgaben sind nachfolgend ohne Umsatzsteuer anzugeben.)
- nein
- teilweise

Ausgaben	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungs- fähig in EUR	Summe in EUR
Maschinen			
Einrichtungen			
Gebrauchte Wirtschaftsgüter ²			
Immaterielle Wirtschaftsgüter ³			
Bauliche Investitionen, davon			
KGR 200 - Herrichten und Erschließen			
KGR 300 - Bauwerk-Baukonstruktionen			
KGR 400 - Bauwerk-Technische Anlagen			
KGR 500 - Außenanlagen			
KGR 600 - Ausstattung und Kunstwerke			
KGR 700 - Baunebenkosten			
Grunderwerb ⁴			
Sonstige			
Summe			
Gesamtausgaben			

2.15 Finanzierung

Hinweis: Die Summe der Finanzierungsmittel muss der Summe der Ausgaben entsprechen. Bitte weisen Sie die Finanzierung der Maßnahme durch Einreichung geeigneter Unterlagen, gegebenenfalls eine Bestätigung der Hausbank nach.

Finanzierungsmittel	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungs- fähig in EUR	Summe in EUR
Zuschuss ⁵		 	
Fremdfinanzierung(en), davon			
Hausbankdarlehen			
verfügbare Kontokorrentlinie(n)			
Gesellschafterdarlehen			
Sonstiges (private Finanzierung) ⁶			
Sonstiges (öffentliche Finanzierung) ⁷			
Eigenmittel			
Summe			
Gesamtfinanzierung			

² Eine Förderung kommt in Betracht, wenn die Anschaffung maßnahmebedingt unmittelbar ist oder es sich um den Erwerb einer stillgelegten bzw. von Stilllegung betroffenen Betriebsstätte handelt. Käufer und Verkäufer dürfen nicht unmittelbar oder mittelbar wirtschaftlich, rechtlich oder personell identisch, verflochten oder verbunden sein.

³ Eine Förderung kommt in Betracht, wenn die Anschaffung im Zusammenhang mit der/den zuwendungsfähigen Investition/-en steht. Der Ausgabenansatz darf nicht mehr als 25 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen. Immaterielle Wirtschaftsgüter, welche aktivierungsfähig sein müssen, dürfen nicht von verbundenen oder sonst wirtschaftlich, rechtlich oder personell verflochtenen Unternehmen/natürlichen Personen erworben werden.

⁴ Eine Förderung kommt in Betracht, wenn der Erwerb maßnahmebedingt unvermeidbar ist oder es sich um eine stillgelegte oder von Stilllegung betroffene Betriebsstätte handelt. Die Ausgaben für Grunderwerb dürfen nicht mehr als 10 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben für die Maßnahme betragen.

⁵ Der Zuschuss ergibt sich aus den zuwendungsfähigen Ausgaben multipliziert mit dem Fördersatz. Dieser beträgt 50 Prozent.

⁶ Zu Sonstiges (private Finanzierung) gehören finanzielle Mittel, die aus privaten Finanzierungsquellen stammen wie etwa Bankkredite, Unternehmenskredite, Familienkredite und Kredite von Privatpersonen.

⁷ Zu Sonstiges (öffentliche Finanzierung) gehören finanzielle öffentliche Mittel aus beihilfefreien Produkten öffentlicher Förderinstitute wie etwa beihilfefreie Produkte der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

2.16 Beantragte Zuwendung

Zuwendung	Höhe (EUR)
Zuschuss ⁸	

⁸ Der Zuschuss ergibt sich aus den zuwendungsfähigen Ausgaben multipliziert mit dem Fördersatz. Dieser beträgt 50 Prozent. Der beantragte Zuschussbetrag soll mit dem Zuschussbetrag gemäß Nummer 2.15 Finanzierung übereinstimmen.

3 Erklärungen des Antragstellers

(Die Erklärungen müssen durch Anklicken bestätigt werden.)

Der Antragsteller erklärt, dass

- 3.1 nicht vor Erlass des Zuwendungsbescheides durch die ILB mit der Maßnahme begonnen wird.

(Hinweis: Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich jeder Abschluss eines Vertrages zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z. B. Gebäudeabbruch, Planieren) nicht als Beginn der Maßnahme, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.)

- 3.2 die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

- 3.3 ihm bekannt ist, dass

– die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung erfolgt und Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind.

- 3.4 er nicht zu jenen Zuwendungsempfängern gehört, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind.

- 3.5 keine Ausgaben für Ersatzbeschaffungen zum Ansatz gebracht wurden und werden.

- 3.6 ohne die Gewährung einer Zuwendung die Maßnahme nicht bzw. nicht im geplanten Umfang durchführbar ist.

Der Antragsteller bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.1 bis 3.6.

- 3.7 Der Antragsteller erklärt, dass unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.

Der Antragsteller erklärt, dass

- 3.8 ihm bekannt ist, dass

sich an der beantragten Finanzierungshilfe der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Fall die Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels "Investitionen in Wachstum und Beschäftigung" in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 Anwendung finden.

- 3.9 ihm bekannt ist, dass im Falle der Gewährung einer Zuwendung folgende Daten der Maßnahme auf der Website www.efre.brandenburg.de veröffentlicht werden:

- a) Name des Begünstigten (Nennung ausschließlich von juristischen Personen und nicht von natürlichen Personen),
- b) Bezeichnung der Maßnahme,
- c) Zusammenfassung der Maßnahme,
- d) Datum des Beginns der Maßnahme,
- e) Datum des Endes der Maßnahme (voraussichtliches Datum des Abschlusses der konkreten Arbeiten oder der vollständigen Durchführung der Maßnahme),
- f) Gesamtbetrag der förderfähigen Ausgaben der Maßnahme,
- g) Kofinanzierungssatz der Europäischen Union pro Prioritätsachse des jeweiligen Operationellen Programms des Landes Brandenburg,
- h) Postleitzahl der Maßnahme oder andere angemessene Standortindikatoren,
- i) Land,
- j) Bezeichnung der Interventionskategorie für die Maßnahme.

Zusätzlich werden für die Vorstellung von Förderbeispielen der Gesamtbetrag der Ausgaben sowie die Höhe der Zuwendung und davon die Höhe der Kofinanzierung der EU veröffentlicht.

3.10 ihm bekannt ist, dass im Falle einer Gewährung einer Zuwendung besondere Informations- und Kommunikationsvorschriften einzuhalten sind. Das auf www.ilb.de verfügbare Merkblatt "Vorschriften zur Information und Kommunikation" wurde zur Kenntnis genommen.

3.11 im Falle der Gewährung einer Zuwendung die Querschnittsziele

- "Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und Nichtdiskriminierung" und
- "Nachhaltige Entwicklung"

Berücksichtigung finden.

Die auf www.ilb.de verfügbaren Merkblätter "Berücksichtigung des Querschnittszieles „Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und Nichtdiskriminierung“ bei der Umsetzung des EFRE in der Förderperiode 2014-2020" und "Berücksichtigung des Querschnittszieles „Nachhaltige Entwicklung“ bei der Umsetzung des EFRE in der Förderperiode 2014 - 2020" wurden zur Kenntnis genommen.

Der Antragsteller bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.8 bis 3.11.

3.12 Der Antragsteller erklärt, dass ihm die Subventionserheblichkeit der nachfolgend bezeichneten Tatsachen, die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges (§ 264 Strafgesetzbuch) sowie seine Pflicht, der ILB mögliche Änderungen bzgl. subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, bekannt sind.

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 Subventionsgesetz sind:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers (Name, ausführende Stelle, Rechtsform, gesellschaftsrechtliche und vertragliche Beziehungen),
- Eigenerklärungen zu KMU, zum Transparenzrichtlinie-Gesetz, zum Anreizeffekt sowie zur anderweitigen Finanzierung des Vorhabens durch Dritte,
- Angaben zum Zeitpunkt des Maßnahmebeginns, zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug,
- die Maßnahmebeschreibung (insbesondere Gesamtziel der Maßnahme, wissenschaftliche und technische Arbeitsziele, Verwertungsplan, innovativer Ansatz),
- Angaben, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Ausgaben- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder von sonstigen dem Förderantrag beizufügenden Unterlagen sind,
- Angaben in den Berichten und Verwendungsnachweisen, welche die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen,
- Tatsachen, die der ILB nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides nebst Anlagen mitzuteilen sind,
- Angaben, von denen nach dem Verwaltungsrecht (insbesondere § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg i. V. m. §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften (insbesondere ANBest-EU) die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung.

Das auf www.ilb.de verfügbare "Merkblatt zu subventionserheblichen Erklärungen" wurde zur Kenntnis genommen.

4 **Datenschutzrechtlicher Hinweis**

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird die ILB ggf. personenbezogene Daten vollständig oder teilweise für den Zeitraum der Förderung sowie einen anschließenden Aufbewahrungszeitraum erheben und verarbeiten müssen.

Die Anforderung, Erhebung und Verarbeitung erfolgt im Rechtsrahmen der EU-Strukturfondsverordnungen, des Landeshaushaltsrechts bzw. der diesem Förderprogramm zu Grunde liegenden Richtlinie. Sie erfolgt im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags. Sofern erforderlich und im Rahmen der Förderung zulässig, wird die ILB öffentliche oder private Quellen (Register, Wirtschaftsauskunfteien) zur Informationsbeschaffung nutzen.

Sofern bei der Bearbeitung des Antrags bzw. dem anschließenden Bestandsmanagement zur Feststellung oder Prüfung der Eigentums- und Kontrollstruktur, der Bonität, der Mittelverwendung oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Erhebung, Verarbeitung oder Prüfung von Daten Dritter erforderlich wird, sind diese vom Antragsteller/Fördernehmer anzufordern und zu beschaffen. Für die Rechtmäßigkeit der Übermittlung von Daten Dritter an die ILB ist der Antragsteller/Fördernehmer verantwortlich.

Erhobene Daten werden ggf. an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die Deutsche Bundesbank und an Landes-, Bundes- und Europabehörden zum Zwecke der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Erfordernisse sowie zu den im Rahmen des Fördergeschäftes erforderlichen Auswertungs- und Planungszwecken sowie an externe Partner, die in die Umsetzung des jeweiligen Förderprogramms einbezogen sind, weitergeleitet. Diese Partner sind ebenfalls den datenschutzrechtlichen Vorschriften verpflichtet.

Die ILB verarbeitet personenbezogene Daten streng vertraulich, nach den Bestimmungen des Brandenburgischen Landesdatenschutzgesetzes und unter Aufsicht eines Datenschutzbeauftragten. Die jeweils aktuellen und notwendigen Maßnahmen zur Datensicherheit werden eingehalten.

Der Antragsteller bestätigt die Kenntnisnahme des Datenschutzrechtlichen Hinweises.

Ort, Datum

Unterschrift(en) des Antragstellers/ Stempel

Name(n) in Druckbuchstaben

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

aus dem Programm Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Umland (NESUR), Teil: Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

Anlagen

(Beigefügte Unterlagen sind durch Anklicken ☒ zu kennzeichnen.)

Unterlagen zum Antragsteller

- Gewerbeanmeldung (Kopie)⁹
- Vollständiger Handelsregisterauszug nicht älter als 6 Monate (Kopie)⁹
- Gesellschaftsvertrag (Kopie)⁹
- Kopie des Antrages auf eine Steuernummer beim Finanzamt⁹
- Vollmacht (mehrere Bevollmächtigte) oder Einzelvollmacht
- Angaben zum Unternehmen (KMU-Bewertung) (ILB-Formular)
- Firmenorganigramm
- Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte "De-minimis"-Beihilfen (ILB-Formular)

Unterlagen zur Maßnahme

- Nachweis der zu fördernden Betriebsstätte wie Kopie des Grundbuchauszuges, Auszug aus der Flurkarte, Mietvertrag, Mietvertragsentwurf o. Ä.
- Formular "Beschreibung und Begründung der Maßnahme"
- Formular "Bestätigung der für Wirtschaftsförderung zuständigen Stelle des zentralen Ortes"
- Bescheinigung zur (gegebenenfalls teilweisen) Befreiung vom Vorsteuerabzug¹⁰
- Formular "Investitionsgüterliste"
- Ausgabenschätzung(en)/Angebotskopie(n) in Kopie
- Ausgabenberechnung(en)/Kostenberechnung nach DIN 276 in Kopie¹¹
- Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Baumaßnahme inkl. deren Veranlassung und Zweck; Bauzeitenplan; Lageplan mind. im Maßstab 1:1000; Bauzeichnung; Bericht über den Stand der bauaufsichtlichen und sonstigen erforderlichen Genehmigungen¹¹
- Formular "Ergebnis der Prüfung der beantragten Baumaßnahme/baulichen Investition durch die bautechnische Dienststelle des zentralen Ortes"¹²
- Bestätigung/Einwilligung des Vermieters ggf. Eigentümers¹³
- Formular "Erwerb immaterielles/immaterieller und/oder gebrauchtes/gebrauchter Wirtschaftsgut/Wirtschaftsgüter"
- Formular "Grundstücks- und/oder Immobilienerwerb (Grunderwerb)"
- Nachweis der Eigenmittel und ggf. Nachweis(e) der Fremdfinanzierung(en)
- Formular "Bestätigung Hausbank"
- Formular "Datenblatt zur Erhebung von Indikatoren im Rahmen des EFRE 2014-2020"

Die ILB behält sich die Anforderung weiterer Unterlagen und Informationen vor.

⁹ Reichen Sie die Unterlage bitte entsprechend Ihrer Rechtsform ein.

¹⁰ Reichen Sie die Unterlage bitte ein, sofern eine Befreiung besteht.

¹¹ Reichen Sie entspr. Dokument(e) bitte ein, wenn es sich ausschließlich oder unter anderem um eine bauliche Investition handelt.

¹² Reichen Sie das Dokument bitte ein, wenn es sich ausschließlich oder unter anderem um eine bauliche Investition handelt und wenn für die beantragte Baumaßnahme die Summe aller Zuwendungen mehr als 150.000 Euro beträgt.

¹³ Reichen Sie das formlose Dokument bitte ein, wenn es sich ausschließlich oder unter anderem um eine bauliche Investition in gemieteter oder gepachteter Betriebsstätte handelt. In dem Dokument bestätigt der Vermieter ggf. Eigentümer bzw. willigt der Vermieter ggf. Eigentümer ein, dass die beantragte bauliche Investition zulässig ist.